Opłacono ryczałtowo.

B. 7.

Wirtschaftskorrespondenz für POLEN

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Reichsmark monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend.
Redaktion, Verlag und Administr.: Katowice, M. Piłsudskiego 27
Telefon 168, 1998.

Organ der „Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien"

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.
Bankverbindung: Deutsche Bank u. Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Jahrg. VIII | Katowice, am 7. November 1931 | Nr. 35

Weltwirtschaftskrise — und was weiter?

Ein statistisches Amt hat kürzlich das Ende der Weltwirtschaftskrise für das Jahr 1940 errechnet. Man wird ihm rechnerisch schwer nachweisen können, dass es Unrecht hat; wohl aber kann man soviel feststellen, dass an den Ausmassen der heutigen Krise alle Rechnungen zuschanden werden müssen.

Was diese Krise, unter deren Druck wir Alle und mit uns die ganze, nicht nur die zivilisierte Welt seit nun fast schon 2 Jahren in steigendem Masse leiden, und deren Höhepunkt, geschweige deren Ende heute noch garnicht abzusehen ist — was diese Krise, abgesehen von ihren Ursachen, ausschlaggebend von allen früheren unterscheidet, ist weder ihre Dauer, noch die Intensität ihrer Auswirkungen. Man wird sogar sagen müssen, dass die jeweils Betroffenen unter den früheren Krisen („Hungersnöten" usw.) vielfach weit mehr litten, als wir heute, weil dem wirtschaftlichen Apparat damals jede Widerstandskraft mangelte, die die Krisenwirkung hätte abschwächen können. Wirklich entscheidend für den Charakter der heutigen Krise ist die Tatsache, dass sie erstmalig sich nicht auf ein mehr oder weniger grosses Teilgebiet der Weltwirtschaft beschränkt, sondern — wenn auch in verschiedenem Grade — alle überhaupt an der Weltwirtschaft in irgend einer Form Beteiligten, d. h. einfach den ganzen Erdkreis erfasst. Hierin liegt **das eigentliche Merkmal der heutigen Situation, in der Niemand mehr vom Andern wirklich entscheidende Hilfe erwarten kann,** sondern vielmehr unausweichlich auch die wenigen, bisher verhältnismässig noch verschont Gebliebenen in den Strudel des allgemeinen Zusammenbruchs hineingezogen werden müssen — wenn dieser Entwicklung nicht doch noch in letzter Minute Einhalt geboten wird.

Ueber die Frage, wie dies geschehen könnte, liegt heute schon eine ganze Literatur vor; hätte die Krise so viele Propheten gefunden, wie sie heute Deuter hat — vielleicht hätte ein Teil wenigstens ihrer Auswirkungen sich vermeiden lassen. Heute wissen wir wenigstens über ihre Ursachen genau Bescheid; wir finden sie im wesentlichen darin, dass in der ganzen Welt Jahre hindurch ungeheuer beschleunigte Produktionssteigerung unter Ausnutzung aller Errungenschaften von Wissenschaft und Technik betrieben wurde, ohne dass man gleichzeitig ebenso allgemein für gleich gesteigerten Absatz gesorgt hätte. (Die **Ford**'sche Idee der Konsumschaffung durch Lohnerhöhung würde vielleicht im Rahmen einer Weltplanwirtschaft hierin Abhilfe geschaffen haben; auf einen Einzelbetrieb in einem sonst gegenteilig orientierten Wirtschaftssystem angewandt, war sie Unsinn.) Diese Diagnose ergibt gleich das Rezept: Liegt die Wurzel des Uebels in dieser planlosen weltwirtschaftlichen Ueberproduktion, so gibt es **zwei prinzipielle Auswege:** Den Verzicht der einzelnen Wirtschaftsgebiete auf Teilnahme an der Weltwirtschaft, die Selbstgenügsamkeit **(Autarkie)** einerseits und die **Weltplanwirtschaft,** die — nach dem Muster etwa der russischen Piatiletka, aber in noch viel grösserem Ausmasse — Produktion und Verbrauch der ganzen Welt nach westlichen Gesichtspunkten regelt und so zwischen beiden den notwendigen Ausgleich schafft.

Die heute fast schon „klassischen" Vorkämpfer des Autarkie-Gedankens sind in Deutschland die Mitarbeiter der Diederichs'schen Zeitschrift: **„Die Tat"**, an ihrer Spitze **Ferdinand Fried,** ein preudonymer Autor, dessen Identität trotz allem Raten noch nicht feststeht. Sein Buch: **Das Ende des Kapitalismus** (Eugen Diederichs Verlag, Jena), stellt eine Zusammenfassung und Ergänzung der in den letzten 1½ Jahren von ihm in der „Tat" erschienenen Aufsätze dar. Fried und überhaupt der Kreis der „Tat"-Mitarbeiter haben mit als die ersten erkannt, worin die Ursachen der Krise liegen, und wie etwa ihr Verlauf sein wird; das Fried'sche Buch beschäftigt sich nach der Erklärung des Autors — den die Einen für den Sohn eines namhaften Wirtschaftsführers, Andere für den (bisherigen) Redakteur einer bekannten berliner Tageszeitung halten — nur mit der Analyse dessen, was ist, die allerdings sehr fühlbar von dem beeinflusst wird, was dem Verfasser als Ausweg aus der Krise vorschwebt. Fried gibt eine glänzend geschriebene, von genauester Sachkenntnis zeugende, manchmal sogar in überflüssige Details gehende, aber stets fesselnde Darstellung des heutigen Zustandes, hauptsächlich der deutschen Wirtschaft. Die Abschnitte, die von der Einkommensschichtung, der Oligarchie des Reichtums usw. handeln, geben eine Fülle wertvollsten Materials in stellenweise ganz neuer Zusammenfassung. Das Kapitel, das von dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems handelt, muss ungeteilte Zustimmung finden. Freilich — manche Nebenbemerkung, mancher Gedankengang macht schon hier stutzig, so etwa die Nennung der Nationalsozialisten zusammen mit Sozialisten und Kommunisten als „3 sozialistische Parteien", obwohl heute auch der weniger Eingeweihte über den engen Kontakt zwischen Nationalsozialismus und Schwerindustrie hinlänglich informiert ist, und dieser Kontakt eine derartige Nebeneinanderstellung doch wohl unmöglich macht. An anderer Stelle wird — Hjalmar Schacht, der Wirtschaftsfachmann der Harzburger Tagung, als einziger, wahrer Kenner der deutschen Wirtschaft genannt! Und je mehr man sich dem Schlusse des Buches nähert, je mehr Fried von dem durchblicken lässt, worin er für Deutschland die Rettung aus der Krise erblickt, desto klarer wird es, dass hier „getarnt" — um dieses hier sehr zutreffende, neue Schlagwort zu gebrauchen — ein nationalsozialistisches Wirtschaftsprogramm vorbereitet wird, das ein wirtschaftlich selbständiges und unabhängiges, nur mit Oesterreich und einigen kleineren, östlichen Agrarstaaten verbundenes, sonst aber durch hohe Zollmauern von der Weltwirtschaft abgetrenntes, autarkes Deutschland vorsieht, ein Reich, in dem Grossindustrie und Grossgrundbesitz als Staatsbetriebe — eigentlich der Staat als ihr Betrieb — eine noch ungleich grössere Macht darstellen würden, als heute. Freilich, was die Arbeiterschaft dazu sagen würde, erfährt man nicht. Auch darüber äussert sich Fried nicht, wie etwa die heute massgebenden Westmächte die Einstellung der Reparationszahlungen aufnehmen würden, die selbstverständlich ebenso mit ins Programm gehört, wie die Einbeziehung der Czechoslovakei und Oesterreichs in das deutsche Wirtschaftsgebiet.

Wie auch immer: Ein derartige Autarkie eines oder mehrerer Wirtschaftsgebiete — ein derartiger **Zollkrieg aller gegen alle** — würde tatsächlich die heute in der Welt schon zahlreich vorhandenen Zündstoffe noch ungeheuer vermehren und früher oder später, vermutlich aber sehr bald früher, zu kriegerischen Konflikten führen. Sollte das wirklich der einzige Ausweg aus der Krise sein?

Carl Steuermann in seinem Buche: **Weltkrise — Weltwende** (S. Fischer Verlag, Berlin) lehnt ihn — ohne übrigens auf das Fried'sche Buch unmittelbar Bezug zu nehmen — ab. Sein **Kurs** geht **auf Staatskapitalismus** als nächste Etappe der Entwicklung, eine Entwicklung zur überstaatlichen Planwirtschaft, die er — in fernerer Zukunft — auf sozialistischer Grundlage voraussieht. Dieser Weg ist freilich weniger bequem, rechnet aber mehr mit den heute und wohl noch für lange Zeit gegebenen Machtverhältnissen, als der Fried'sche, mit dem er übrigens äusserlich in den ersten Entwicklungsstadien grosse Aehnlichkeit aufweist. Auch Steuermann sieht den Kapitalismus in seiner heutigen Form als verloren an, und begründet diesen Standpunkt ebenso überzeugend, wenn auch naturgemäss mit teilweise anderen Argumenten, wie Fried. Dann erörtertet Steuermann ausführlich die verschiedenen Möglichkeiten, die sich für die weitere Entwicklung ergeben. Die Rückkehr von der heutigen Kartell- und Monopolwirtschaft zu den ursprünglichen, freihändlerischen Methoden des Kapitalismus, von der noch gelegentlich in Auslassungen etwa der Grossbanken usw. die Rede ist, lehnt er als völlig unmöglich ab, ebenso die Autarkie, die seiner Ansicht nach zu wenig mit den gegebenen Verhältnissen rechnet. So bleibt nur die Fortsetzung des tatsächlich heute schon in Deutschland beschrittenen Weges zum Staatskapitalismus, einem System, das im Effekt etwa dem heutigen russischen — vom Kommunismus ja schon himmelweit entfernten — entspricht, aber nicht, wie dort, auf revolutionärem Wege, sondern durch Usurpierung der Privatwirtschaft durch den Staat — eventuell auch des Staates durch die Wirtschaft — erreicht werden soll. In dieser Richtung ist bei der Sanierung der Danat- und der Dresdner Bank, in der Berufung des Wirtschaftsbeirates usw,. ja Entscheidendes geschehen, ohne dass freilich im Augenblick schon ganz klar wäre, wer eigentlich der Usurpator ist, ob Staat oder Wirtschaft. Steuermann allerdings ist davon überzeugt, dass es die Wirtschaft ist, die mangels ebenbürtiger Gegner die Oberhand behalten wird. Auch diesem Staatskapitalismus, der zunächst zu nationaler Planwirtschaft führen würde, sagt er aber keine lange Zukunft voraus; die weitere Entwicklung vielmehr scheint ihm auf engere, planmässige Zusammenarbeit mit den kapitalkräftigeren Westmächten zu gehen, genau umgekehrt also, wie bei Fried. Aber auch damit erschöpft sich noch keineswegs seine Voraussage: Am Ende seiner Erörterung kommt er auf das, was ihm als der wahre Schlusspunkt der Entwicklung erscheint: Die Rückkehr zur Bedarfswirtschaft anstelle der kapitalistischen Waren- und Geldwirtschaft, d. h. Verzicht auf Zins und Profit. Erst damit, also mit einer auf so langem und mühevollen Wege erreichten Weltplanwirtschaft auf nicht-kapitalistischer Grundlage scheinen ihm unsere heutigen Wirtschaftsnöte endgültig beseitigt zu sein — wahrhaftig kein tröstender Ausblick!

Für **Polen** treffen viele dieser Gedankengänge nicht zu. Es ist bedeutend weniger mit der Welt-

wirtschaft verflochten, als Deuschland. es ist in wesentlichen Gebietsteilen noch garnicht industrialisiert, und seine Bevölkerung ist grossenteils von höchster Genügsamkeit, alles angesichts der heutigen Situation Vorteile, aus denen sich die bisher verhältnismässige Widerstandsfähigkeit des polnischen Wirtschaftskörpers gegenüber den Krisenwirkungen erklärt. Polen befindet sich in einem Stadium der Entwicklung, auf das z. B. Deutschland jetzt erst langsam zurückzubilden sich bemühen muss. Die Autarkie ist für Polen **im Zeichen des Zollkrieges,** nichts Neues, der Aussenhandel unterliegt stärkerer Kontrolle, als anderswo (Einfuhrgenehmigungen), kurz, es scheint, dass alle die Beschränkungen, durch die wir so lange Jahre uns beschwert gefühlt, doch ihr Gutes gehabt haben.

Freilich unser **industrielles Oberschlesien** wiederum geniesst diese Vorteile in weit geringerem Masse und leidet wirtschaftlich darum immer mehr. Dieses Problem im Einzelnen darzulegen, würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen und mag einem weiteren Aufsatz vorbehalten bleiben. **—n.**

André Siegfried: Die englische Krise.

Obwohl Monate vor dem Pfundsturz im Original erschienen, ist dieses Buch durchaus aktuell geblieben, wie ja überhaupt dieser Kurssturz nur ein Symptom und nicht einmal das deutlichste der tatsächlich schon seit Jahren anhaltenden Krise der englischen Wirtschaft war. Der Verfasser ist Franzose, aber seit Jahrzehnten mit den englischen Verhältnissen nahe vertraut; er gilt als einer der besten ausländischen Kenner Englands. Der Umstand, dass gerade ein Franzose dieses Buch geschrieben hat, (deutsch im S. Fischer - Verlag, Berlin), macht angesichts des in letzter Zeit immer mehr zu Tage getretenen Gegensatzes zwischen Frankreich und England seinen Inhalt besonders interessant.

Der Verfasser schreibt, kurz gesagt, die Schuld an der englischen Krise dem Unvermögen der Engländer zu, sich den nach dem Kriege gegebenen Verhältnissen anzupassen. Die Engländer seien geneigt, sich als das Mass aller Dinge anzusehen und erwarteten eher die Angleichung aller andern an die eigenen Anschauungen, als dass sie selbst diese Anschauungen revidierten. So sei es mit ihrer Währungspolitik gewesen, die unter ungeheuren Opfern aus Prestigegründen am Goldkurs des Pfundes festgehalten habe, so mit der Zollpolitik, die viel zu lange Freihandelsgrundsätze aufrecht erhalten habe, während die ganze Umwelt schon im Aufbau ihrer Zollschranken begriffen war. Siegfried bezeichnet den Lebensstandard des Engländers als unzeitgemäss hoch — ein Vorwurf, der gerade von Franzosen vielfach übrigens auch den Deutschen gemacht wird — die ganze Lebensauffassung des Engländers als übertrieben konservativ. Entscheidende Schuld an der Krise schiebt er endlich den Regierungsmethoden der Arbeiterpartei zu, die sich zu wenig um Vermehrung und Erhaltung des Nationalreichtums und zuviel um seine Verteilung gekümmert habe.

Der Verfasser — sein Buch ist, wie wir wiederholen, vor einer ganzen Reihe von Monaten erschienen — hält eine Inflation für den bequemsten Weg zur wenigstens vorübergehenden Milderung der Krise, glaubt aber gleichzeitig, dass es zu dem Entschluss zur Herbeiführung dieser Inflation auch weiterhin nicht kommen werde. Hierin haben ihm die Ereignisse Unrecht gegeben, und das macht skeptisch auch gegenüber seinen weiteren Schlussfolgerungen. In jedem Falle aber gibt das Buch ein ausserordentlich eindrucksvolles Bild von den inneren Gegensätzen zwischen England und Frankreich, die in Politik und Wirtschaft der nächsten Zeit zweifellos noch eine ausschlaggebende Rolle spielen werden.

H. R. Knickerbocker: Der rote Handel lockt.

Von Knickerbocker ist erst kürzlich ein ausserordentlich aufschlussreiches Buch erschienen: Der rote Handel lockt (Ernst Rowohlt - Verlag, Berlin), in dem der Verfasser nach eingehenden Studien sich über Stand und Aussichten des Fünfjahresplans äussert. Sein diesmaliges Thema steht damit im Zusammenhang: Knickerbocker hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch persönliche Untersuchungen an den wichtigsten, europäischen Handelszentren festzustellen, wie weit schon heute der russische Handel im europäischen Import und Export sich auswirkt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind auch für den Eingeweihten geradezu erstaunlich; bedurfte es noch eines Beweises dafür, dass der Kapitalismus in seiner heutigen Form abgewirtschaftet hat, hier wäre er zu finden.

Selbst dem mit den Verhältnissen besser Vertrauten wird es eine Ueberraschung sein, zu hören, dass das faschistische Italien nicht nur Makkaroni und Seide aus Russland einführt, sondern dass seine Kriegsmarine der zweitgrösste Einzelabnehmer von Sowjetöl ist. Ebenso unwahrscheinlich klingt es, dass Frankreich gleichfalls fast seinen ganzen Oelbedarf für die Kriegsmarine in Russland deckt. In Holland beträgt die russische Einfuhr fast 50 Proz. der Gesamteinfuhr. An allen nur irgend interessanten Handelsplätzen von Europa offeriert Russland nicht nur Rohstoffe, sondern auch eine Reihe von Fertigfabrikaten, die es noch bis vor kurzem selbst hat einführen müssen, so Glühbirnen, Garne, Porzellane, Nähmaschinen usw. Während die Presse fast der ganzen Welt einmütig über das russische Dumping Klage führt, bemühen sich ebenso einmütig die Fabrikanten fast der ganzen Welt um Lieferungen für Russland unter Kreditgarantien der zuständigen Regierungen, und es scheint nach den Feststellungen Knickerbocker's fast, als wenn diese Bemühungen um Lieferungen umso intensiver würden, je ungünstiger die offizielle Stellungnahme des betreffenden Staates gegenüber Russland ist. Knickerbocker bringt sehr genaue Zahlen, man wird seine Angaben, so unwahrscheinlich sie stellenweise klingen, in keinem Punkte bezweifeln dürfen. Gerade heute, da im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltwirtschaftskrise auch der Fünfjahresplan wieder erschüttert scheint, verdient sein Buch die allergrösste Beachtung. **R. H.**

Verbandsnachrichten

Am 3. d. Mts. fand in der Handelskammer eine Sitzung statt, deren Gegenstand **Stellungsnahme zu dem Entwurf des Gesetzes betr. Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten war.**

Die Sitzung eröffnete der Regierungskommissar, Herr **Senator Jan Kowalczyk** und **übergab den Vorsitz** infolge dienstlicher Verhinderung **dem Vorsitzenden der Wirtschaftlichen Vereinigung für Poln.-Schlesien, Herrn Direktor Klein.** Dieser erteilte das Wort zur obigen Frage dem Vicedirektor der Handelskammer, Herrn Dr. Pomianowski, der den Inhalt dieser 2 Gesetze angab und die eingeladenen Wirtschaftsverbände zur Stellungnahme aufforderte. Namens der Wirtschaflichen Vereinigung referierte über die 2 Gesetzesentwürfe H. Dr. Lampel, indem er diese einer gründlichen Kritik unterzog. Er wies darauf hin, dass Oberschlesien besonders massgebend für die Beurteilung dieser Gesetze sei, da ausschliesslich hier im Gegensatz zu anderen Teilgebieten Polens ein ähnliches, deutsches Gesetz noch Geltung habe und zwar die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Ein ähnliches Gesetz solle also auf andere Teilgebiete Polens ausgedehnt werden. Dieses Referat wird in der nächsten Nummer dieser Zeitung veröffentlicht werden. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage und der Notwendigkeit einer gründlichen Stellungnahme wurde eine spezielle Kommission gewählt.

* * *

Am 5. d. Mts. fand eine ausserordentliche Generalversammlung der **„Alkohol“**, Vereinigung der Grossdestillateure, e. G. m. b. H., statt.

Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende, Herr **Stadtrat Bach** und wies darauf hin, dass letztens eine Vorstandssitzung der „Alkohol“ schleunigst einberufen werden musste, da man vernommen hätte, dass eine Novelle zum Spiritusmonopolgesetz erscheinen solle, die besondere, weitere Härten einzuführen beabsichtige, u. a. eine Erhöhung der Akzisenpatente von 2.500 auf 5.000 Zl. Die Vorstandssitzung delegierte in dieser Angelegenheit Herrn Dr. Lampel nach Warszawa.

Herr Dr. Lampel berichtete, dass er gemeinschaftlich mit dem Likörverband in Warszawa und dem Verbande der Handelskammern auf Empfehlung der hiesigen Handelskammer beim Finanz- und Handelsministerium interveniert und ausführliche Denkschriften vorgelegt habe. Er stellte fest, dass der Spiritusmonopolrat sich mit dem Entwurf der Novelle schon beschäftigt habe und dank der obigen Delegation veranlasst worden sei, dass das Finanz-, bezw. Handelsministerium dem Verbande der Handelskammern den Gesetzentwurf zwecks Stellungnahme übermittelte. Die „Alkohol“ wurde von der hiesigen Handelskammer zur Stellungnahme aufgefordert. Herr Dr. Lampel unterzog den Entwurf einer eingehenden Kritik und wies besonders auf die beabsichtigte Erhöhung der Akzisenpatente hin. Diese sei weder aus fiskalischen, noch aus wirtschaftlichen Rücksichten begründet, da dadurch die ganze, private Likörindustrie mit Ausnahme einiger Fabriken liquidiert werden müsste. Keine der bestehenden Fabriken werde im Stande sein, ein um 100 Proz. erhöhtes Akzisenpatent einzulösen zu dem Zeitpunkte, da doch der Tätigkeitskreis der privaten Likörindustrie so gewaltig eingeschränkt worden sei. Er wies auf seinen in Nr. 31 veröffentlichten Artikel unter dem Titel: „Verzweifelte Lage der Likörindustrie“ hin. Nach einer sehr regen Diskussion, in der auf die besondere Härte der beabsichtigten Massnahmen hingewiesen, wurde beschlossen, der Handelskammer erschöpfendes Material zur Stellungnahme vorzulegen und gemeinschaftlich mit anderen Verbänden nötige Schritte zwecks Abwendung dieser katastrophalen Massnahmen vorzunehmen.

Nachher wurden interne Angelegenheiten besprochen.

Die Stellungnahme der „Alkohol“ zur beabsichtigten Novelle werden wir demnächst veröffentlichen.

Verband der Eisen- und Eisenwarenhändler.

Am 29. Oktober cr. fand unter Leitung des 1. Vorsitzenden Herrn Klockiewicz in den Klubräumen des Hotel Europejski, Katowice eine Sitzung des Verbandes der Eisen- und Eisenwarenhändler statt. Als Referent nahm an der Sitzung Herr Dr. Gawlik teil. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Referat über die Konzessionierung des Metallhandels, das zu einer lebhaften Diskussion Anlass gab. Im Anschluss daran berichtete der Referent in längeren Ausführungen über die neu zu erwartenden Steuerverordnungen. Besonders die Novelle zum Umsatzsteuergesetz, die in gewisser Hinsicht eine Erleichterung für den Handel bringen soll, wurde dabei eingehend behandelt. In der anschliessenden Diskussion wurden insbesondere eine Reihe von Einkommensteuerfragen geklärt. Der übrige Teil der Sitzung befasste sich mit internen Fragen des Verbandes.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen.

27. X. 31. Belgien 124,80 — 125,11 — 124,49; Danzig 176,10 — 176,53 — 175,67; Holland 361,35 — 362,25 — 360,45; London 35,00 — 34,95 — 35,04 — 34,86; New York 8,918 — 8,938 — 8,898; Paris 35,12 — 35,21 — 35,03; Prag 26,40 — 26,46 — 26,34; Schweiz 175,00 — 175,43 — 174,57; Italien 46,45 — 46,57 — 46,33.

28. X. 31. Belgien 124,64 — 124,95 — 124,33; Holland 361,60 — 362,50 — 360,70; London 35,05 — 35,14 — 34,96; New York 8,917 — 8,937 — 8,897; Paris 35,11 — 35,20 — 35,02; Prag 26,40 — 26,46 — 26,34; Schweiz 174,95 — 175,38 — 174,52; Italien 46,40 — 46,52 — 46,28.

29. X. 31. Belgien 124,60 — 124,91 — 124,29; Holland 361,40 — 362,30 — 360,50; London 34,75 — 34,84 — 34,66; New York 8,917 — 8,937 — 8,897; Paris 35,10 — 35,19 — 35,01; Prag 26,40 — 26,46 — 26,34; Schweiz 173,90 — 174,33 — 173,47; Italien 46,20 — 46,32 — 46,08.

30. X. 31. Bukarest 5,33 — 5,34½ — 5,31½; Belgien 124,45 — 124,76 — 124,14; Holland 360,50 — 361,40 — 359,40 — 359,60; London 34,40 — 34,35 — 34,44 — 34,26; New York 8,917 — 8,937 — 8,897;

Steuerkalender für November 1931.

	I. Einkommensteuer von Dienstbezügen	II. Gewerbesteuer
Tätigkeit der Behörde		
Aufgabe des Steuerzahlers	Abführung der v. Arbeitgeber im Laufe des Monats abgezogenen Steuerbeträge	Monatliche Vorauszahlung für November 1931
Kreis der Verpflichteten	Alle Arbeitnehmer mit einem monatlichen Einkommen von über 208,34 zł	Handelskategorie I. u II. Industriekategorie I—V gewerbliche Berufe. Kategorie I. II a u. b freie Berufe (Art. 9.)
Höhe der Zahlung	Lt.-Tarif Bei monatl. Einkommen über 400 zł. ausserdem 3% Kommunalzuschlag	½, 1% u 2% bezw. 5% bei Kommissionären. ¼% Komm.-Zuschl 10% Sonderzuschlag von der Staatssteuer
Termin	Bis zum 7. Tage nach Ablauf des betreffenden Monats	15. November
Schonfrist	Keine Schonfrist	Schonfrist bis zum 28. November
Strafen	Geldstrafe von 5—250 zł 1½% Verzugszinsen	1½% Verzugszinsen

Paris 35,08 — 35,17 — 34,99; Prag 26,39 — 26,38 — 26,44 — 26,32; Schweiz 173,65 — 174,08 — 173,22.

3. XI. 31. Belgien 124,28 — 124,59 — 123,97; Danzig 174,50 — 174,93 — 174,07; Holland 359,40 — 360,30 — 358,50; London 33,05 — 32,70 — 32,78 — 32,62; New York 8,923 — 8,943 — 8,903; Paris 35,03 — 35,12 — 34,94; Prag 26,40 — 26,26 — 26,34; Schweiz 174,05 — 174,48 — 173,62.

4. XI. 31. Belgien 124,30 — 124,61 — 123,99; Danzig 174,30 — 174,73 — 177,87; London 33,55 — 33,63 — 33,47; New York 8,92 — 8,94 — 8,90; Paris 35,05 — 35,14 — 34,96; Prag 26,39½ — 26,46 — 26,33; Schweiz 174,25 — 174,68 — 173,82.

5. XI. 31. Belgien 124,40 — 124,71 — 124,09; Holland 360,15 — 361.05 — 359,25; London 33,45 — 33,53 — 33,37; New York 8,918 — 8,938 — 8,898; Paris 35,07 — 35,16 — 34,98; Prag 26,40 — 26,46 — 26,34; Schweiz 174,20 — 174,63 — 173,77.

Wertpapiere.

4-proz. Investitionsanleihe 76,00 — 76,50; Ser. 82; 3-proz. Bauanleihe 30,00; 5-proz. Konversionsanleihe 41,00; 7-proz. Stabilisierungsanleihe 58,25—56,50. 8-proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego 94,00; 8-proz. Pfandbriefe der Bank Rolny 94,00; 8-proz. Obligationen der Bank Gospodarstwa 94,00.

Bilanz der Bank Polski.

Die Bilanz der Bank Polski für die dritte Oktoberdekade weist einen Goldvorrat in Höhe von 594.013.000 Zł. auf, was im Vergleich zur vorhergehenden Dekade eine Vergrösserung um 9.004.000 Zł. bedeutet. Die Geld- und deckungsfähigen, ausländischen Verpflichtungen verringerten sich um 7.867.000 Zł. auf 78.322.000 Zł., die nichtdeckungsfähigen, ausländischen Verpflichtungen stiegen dagegen um 4.571.000 Zł. auf 131.517.000 Zł. Das Wechselportefeuille vergrösserte sich um 30.685.000 Złoty und beträgt gegenwärtig 652.147.000 Zł. Ebenso vergrösserte sich der Stand der Pfandanleihen um 683.000 Zł. auf 112.907.000 Zł. Andere Aktiva verringerten sich um 6.852.000 Zł. auf 221.550.000 Zł. In den Passiven verringerte sich die Position der sofort fälligen Verpflichtungen um 72.163.000 Zł. auf 164.606.000 Zł. Der Bankbilletumlauf stieg um 100.477.000 und betrug am Schluss der Berichtsdekade 1.254.024.000 Zł.

Das prozentuale Verhältnis der Deckung des Bankbilletumlaufs und der sofort fälligen Verpflichtungen ausschliesslich mit Gold betrug 41,87 Proz. (11,87 Proz. über die statutarische Deckung), die Edelmetall- und Valutendeckung 47,39 Proz. (7,39 Proz. über die statutarische Deckung). Der Diskontsatz der Bank Polski beträgt 7½ Proz., der Lombardsatz 8½ Proz.

Der Oktoberultimo zeichnet sich bei der Bank Polski durch den höchsten Stand des Wechselportefeuilles aus. Dies bedeutet jedoch keine Rekordziffer im laufenden Jahr, denn die bekannten Vorkommnisse auf den ausländischen Geldmärkten haben auch im gewissem Masse den Rhythmus der Tätigkeit der Bank Polski berührt.

Vergrösserung der Spareinlagen in der P. K. O.

Die Spareinlagen in der P. K. O. vergrösserten sich im Oktober um ca. 5.243.766.55 Zł. und betrugen am 31. des Berichtsmonats 265.073.471.70 Zł. Im Zusammenhang damit stieg auch die Zahl der Sparer um 22.227. auf 694.597.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Englische Kohle in Danzig.

In der vergangenen Woche ist in Danzig immer mehr die Konkurrenz der englischen Kohle festzustellen. Schon im September verringerte sich der polnische Kohlenabsatz in Danzig — im Zusammenhang mit dem stärkeren Zufluss englischer Kohle — im Verhältnis zum Augustabsatz um ca. 3.000 Tonnen. Diese Erscheinung ist auf die Aufhebung der Goldparität in England zurückzuführen, wodurch die englische Kohle billiger und konkurrenzfähiger geworden ist. Gleichzeitig wird gemeldet, dass auch die finnländischen Eisenbahnen bei der letzten Ausschreibung die Lieferung von 40.000 Tonnen Kohle englischen Gruben übergaben. Nach den vorliegenden Meldungen besteht die Gefahr, dass Polen den ganzen finnländischen Markt verliert.

Einschränkung des Kohlenexportes nach Frankreich.

Infolge der ungünstigen Situation auf dem französischen Kohlenmarkt beabsichtigt die französische Regierung, ab 1. November d. Js. den Kohlenimport um weitere 5 Proz. zu ermässigen. Auf diese Weise werden gegenwärtig nur noch 25 Proz. der in den Jahren 1928—30 nach Frankreich exportierten Kohlenmenge ausgeführt. Wenn nun die französische Regierung ihr Projekt durchführt, wird Polen nur noch ca. 43.000 Tonnen Kohle monatlich nach Frankreich ausführen.

Polnischer Holzexport nach den Vereinigten Staaten.

Die polnischen Holzexporteure bemühen sich gegenwärtig um die Eroberung neuer Absatzmärkte, die den geschlossenen französischen Markt ersetzen sollen. Es besteht in erster Reihe die Absicht, den Export von Schnittmaterial nach den Vereinigten Staaten zu vergrössern. Dieser Tage wurde in Gdynia der erste Transport in Höhe von 500 Standard Schnittmaterial nach Amerika verschifft. Bisher wurde dieses Holz nach Amerika nicht exportiert.

Der Export chemischer Erzeugnisse bedroht.

Dieser Tage fand eine Sitzung des Zentralverbandes der chemischen Industrie und der Exportsektion dieses Verbandes, die Vertragsproblemen gewidmet war, statt. Es wurde festgestellt, dass die Ursache des verringerten Exportes von chemischen Produkten im Jahre 1931 in den zahlreichen Präferenzverträgen zu suchen ist, die von den einzelnen Staaten geschlossen wurden. Diese Verträge, die die wirtschaftliche Annäherung der Kontrahenten erstreben, führen naturgemäss zu einer Beschränkung der Tätigkeit anderer Importeure, unter anderem auch **Polens,** auf den durch die Präferenzverträge gebundenen Märkten.

Viehexport nach der Schweiz.

In den nächsten Tagen werden die ersten Transporte polnischen Viehs nach der Schweiz abgefertigt. Die Eroberung dieses Marktes für die polnische Viehzucht stellt eine bedeutende Errungenschaft dar und zeugt von einer gelungenen Organisation des polnischen Viehexportes. Um nun entsprechendes Viehmaterial nach der Schweiz zu liefern, erlässt das Industrie- und Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsministerium besondere Bestimmungen, über deren Ausführung das Syndikat der Viehexporteure wachen wird.

Neue Schifflinie Polen — Schweden.

Gegenwärtig taucht das Projekt der Einrichtung einer neuen Schiffslinie auf, die Gdynia mit

Steuerwünsche u. -forderungen von Handel u. Handwerk

Nachstehender, für die W. f. P. bestimmter Aufsatz erschien infolge eines bedauerlichen Irrtums als Vorabdruck einer hiesigen Tageszeitung. (Die Red.).

In den letzten Tagen sind eine Reihe von Projekten des Finanzministeriums bekannt geworden, die sich insbesondere mit der Novellisierung der Umsatz- und Einkommensteuer befassen. Wenn diese Projekte auch zum Teil wenigstens die seit Jahren erhobenen Forderungen des Handels und des Handwerks berücksichtigen, so muss doch von vornherein festgestellt werden, dass auch die neuen Novellen Handel und Handwerk in steuerlicher Hinsicht durchaus nicht die Erleichterungen bringen, die diese Wirtschaftskreise so dringend notwendig haben.

Im Allgemeinen lassen die Novellen die Absicht des Gesetzgebers erkennen, die einzelnen Firmen zur Führung ordnungsmässiger Bücher zu zwingen. Dies geht daraus hervor, dass Firmen mit ordnungsmässiger Buchführung bestimmte Vergünstigungen geniessen sollen. Leider fehlt in den Projekten eine konkrete Erklärung des Begriffes „ordnungsmässige Buchführung". Aus der Praxis ist uns bekannt, dass von ordnungsmässiger Buchführung jedes einzelne Finanzamt, ja sogar jeder einzelne Revisionsbeamte eine andere Vorstellung hat, dagegen ist es bisher nicht gelungen, von den Finanzbehörden unumstössliche Richtlinien für eine ordnungsmässige Buchführung zu erhalten. Diesem Mangel muss in nächster Zeit unbedingt abgeholfen werden, da sonst die vorher erwähnten Vergünstigungen wiederum illusorisch werden. Es geht nicht an, dass die Finanzbehörden wegen kleiner Buchungsfehler oder wegen des Nichtvorhandenseins eines Lagerbuches in Detailgeschäften die gesamte Buchführung verwerfen und willkürlich die Schätzung vornehmen.

Die einzelnen Umsatzsteuersätze, die im Art. 11 des Projektes vorgesehen sind, vereinfachen die Situation keineswegs, sondern tragen zu einer Erschwerung der Lage bei, zumal die sogen. Erleichterungen erst allmählich mit den Jahren in Erscheinung treten sollen. An Stelle dieser komplizierten Differenzierung der Steuersätze müsste ein einheitlicher Steuersatz treten, der für sämtliche Unternehmen und Umsätze aller Art die gleiche Höhe aufweist. Auf diese Weise würde eine sichere Kalkulation der Preise ermöglicht werden, da die Befürchtung ausgeschaltet wäre, dass die Finanzbehörden infolge Anwendung eines höheren Steuersatzes, als ihn der Steuerzahler zugrunde gelegt hat, noch nach Monaten und Jahren Nachforderungen diesem zugehen lassen, ohne dass er die Möglichkeit hat, diese nachträglichen Zahlungen auf die Käuferkreise abzuwälzen.

Im übrigen ist die Zeit, in welcher die Finanzbehörden Nachforderungen erheben dürfen, auf höchstens 2 Jahre festzusetzen. Wie im bisher geltenden Gesetz sieht nämlich auch das neue Projekt vor, dass die Finanzbehörden die Umsatzsteuer im Laufe von 5 Jahren nachträglich veranlagen dürfen. Wenn man jedoch bedenkt, welche Gefahren mit dieser Ermächtigung der Finanzbehörden verbunden sind, so muss man verlangen, dass diese Zeit auf eine möglichst kurze Spanne beschränkt wird.

Gemäss Art. 23 des neuen Projektes hat die Berufungskommission die Reklamation innerhalb von 9 Monaten zu erledigen; falls jedoch vom Steuerzahler nachträgliche Erläuterungen innerhalb dieser Frist verlangt werden, verlängert sich diese Zeit um weitere 3 Monate. Es hat demnach die Berufungskommission das Recht, die Erledigung einer Berufung bis auf ein Jahr hinauszuzögern, ohne dass dem Steuerzahler die Möglichkeit gegeben ist, eine Beschleunigung dringender Angelegenheiten zu verlangen. Vorgesehen ist lediglich, dass das Urteil der 1. Instanz rechtskräftig wird, und die Klage beim Obersten Verwaltungsgericht eingereicht werden kann, wenn die Berufungskommission innerhalb der vorher genannten Zeit die Berufung nicht erledigt. Hier müsste gründlich Wandel geschaffen werden. Um die Finanzbehörden zu einer beschleunigten Erledigung der Berufungen zu zwingen, müsste die Bestimmung geschaffen werden, dass die Nichterledigung einer Reklamation innerhalb von 9 Monaten als Bestätigung für die Richtigkeit der Reklamation des Steuerzahlers anzusehen ist. Wenn also die Behörde innerhalb von 9 Monaten die Berufung nicht erledigt hätte, so würde dies bedeuten, dass die vom Steuerzahler in der Reklamation gemachten Angaben zu Recht bestehen und die Höhereinschätzung durch die Behörde zurückgezogen worden ist. Solange eine solche Bestimmung keine Geltungskraft hat, werden die Finanzbehörden die Erledigung der Berufungen nach Möglichkeit hinauszögern und dadurch das Wirtschaftsleben grosser Mengen Umlaufkapitals berauben. Obwohl nämlich verordnungsgemäss vorgesehen ist, dass bei Einreichung einer Reklamation dem Steuerzahler bis zu deren Erledigung Stundung für die Differenzbeträge gewährt wird, so wird leider in der Praxis von dieser Bestimmung wenig Gebrauch gemacht. In den meisten Fällen erhalten die Steuerzahler die Genehmigung zu 3, 4 und höchstens 6 monatlichen Raten, sodass also der strittige Steuerbetrag bereits längst bezahlt ist, ehe noch die Berufung erledigt ist. Nicht genug, dass der Steuerzahler auf diese Weise dem Staatsschatz hohe Beträge zinslos zur Verfügung stellen muss, ist er ausserdem noch gezwungen, 1 Prozent Verzugszinsen zu entrichten, wodurch unnötige Härten entstehen. Die Möglichkeit zur Einreichung einer Klage beim Obersten Verwaltungsgericht ist zwar ein kleiner, aber dafür umso langwierigerer Ausweg. Wenn man in Betracht zieht, dass Klagen beim Obersten Verwaltungsgericht in der Regel 2—2½ Jahre Zeit in Anspruch nehmen, so erkennt man, dass die Möglichkeit einer Klage für den Steuerzahler nur sehr geringe Vorteile, dafür aber um so mehr Kosten mit sich bringt. Die Verzögerung in der Erledigung der Steuerklagen beim Obersten Verwaltungsgericht resultiert daraus, dass sich dieses Gericht nicht nur mit Steuersachen, sondern auch mit anderen Verwaltungsverfahren zu befassen hat. Es muss daher die Einrichtung besonderer Gerichtshöfe für Steuersachen, die paritätisch aus Steuerzahlern und Behördenvertretern zusammengesetzt sind, als besonders dringlich angesehen werden.

Bei der Durchsicht des Projektes fällt ein Mangel besonders augenfällig auf, nämlich, dass von einer Abänderung der Bestimmungen der Art. 10 ff, die sich mit den Gewerbescheinen befassen, überhaupt keine Rede ist. Dabei ist festzustellen, dass gerade diese Art der Besteuerung besonders fühlbare Härten aufweist. Die ursprüngliche Absicht des Gesetzgebers, die für Gewerbescheine gezahlten Beträge auf die Umsatzsteuer anzurechnen, ist bisher leider niemals wieder aktuell geworden. Man hat sich an die Doppelbesteuerung der Betriebe durch die Verpflichtung zur Lösung von Gewerbescheinen und durch die Umsatzsteuer derart gewöhnt, dass man die erste nicht gern missen möchte. Wenn wir jedoch mit dieser Tatsache rechnen müssen, dann können wir zumindest verlangen, dass diese Art der Besteuerung, die in der Hauptsache nach äusseren Merkmalen erfolgt, gemildert wird. Die bisherige Zahl der Kategorien der Gewerbescheine müsste um die doppelte Anzahl vermehrt werden. Dadurch würde gleichfalls erreicht werden, dass man die Einzelbetriebe leichter in die dafür in Betracht kommende Kategorie einreichen könnte.

Im allgemeinen ist zu erwarten, dass die Steuerbehörden nicht zuletzt mit Rücksicht auf die überaus schweren, wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Einziehung der Steuerbeträge möglichst schonend vorgehen. Es ist unmöglich, dass die Wirtschaftskreise auf die Dauer von ihrer Vermögenssubstanz zehren. Zwar sind in dieser Richtung eine Reihe von Rundschreiben seitens des Finanzministeriums erlassen worden, die die Wünsche der Handels- und Handwerkerkreise etwas berücksichtigen, leider ist jedoch festzustellen, dass die Entscheidungen lediglich auf dem Papier stehen, ohne von den zuständigen Instanzen genügend beachtet zu werden. Nur eine gerechte, gleichmässige und der Billigkeit entsprechende Besteuerung der Handels- und Handwerkerkreise kann den Mittelstand vor dem völligen Ruin bewahren. **Dr. A. Gawlik.**

dem südlichen Schweden verbinden soll. Vorläufig werden die Schiffe auf dieser Linie 2—3 mal monatlich verkehren.

In d. Märkte u. Industrieen

Rückgang des inländischen Zuckerkonsums.

Im September d. Js., dem letzten Monat der diesjährigen Zuckercampagne, betrug der Absatz auf dem inländischen Markt 26.012 Tonnen, was im Vergleich zum September 1930 (26.555 Tonnen) einen weiteren Rückgang des Zuckerkonsums im Inland darstellt.

Während der ganzen Campagne ab 1. Oktober 1930 bis 1. Oktober 1931 wurden auf dem inländischen Markte 334.585 Tonnen abgesetzt, während der Absatz in Polen in der vergangenen Campagne 1929/30 — 346.538 Tonnen betrug. Der Zuckerkonsum in Polen ist demnach in der diesjährigen Campagne im Vergleich zur vorjährigen um 3.4 Proz. gesunken. Dass der Rückgang des Zuckerkonsums nicht grösser war, ist lediglich der in letzter Zeit durchgeführten Propaganda zuzuschreiben.

Der Zuckerexport nach dem Auslande betrug in der diesjährigen Campagne 294.113 Tonnen. Der Zuckerbestand stellte sich am 1. Oktober d. Js. auf 177.080 Tonnen.

Stand der Arbeitslosigkeit in Polen.

Nach den Angaben des statistischen Hauptamtes betrug die Arbeitslosenziffer in Polen per 24. Oktober d. Js. 251.304 Personen, wovon auf Oberschlesien 60.774 entfallen.

Steuern Zölle Verkehrstarife

Sammlungen von Zolltarifentscheidungen.

Töpfers Nährzucker ist nach Pos. 24/7 b als Kindernährmittel ohne Zucker zu verzollen, da dieses keinen Rohr- oder Rübenzucker enthält.

„Chabezo", eine schwach aromatisierte Milchsäure, die mit einer geringen Menge in Weingeist gelöster Fruchtester (etwa 5 ‰) versetzt ist, und bei der Herstellung von Sirup, sowie kalten Fruchtgetränken benutzt wird, ist den Fruchtsäften gleichzuerachten und nach Pos. 24/5 b, wie Fruchtsäfte ohne Zucker und Alkohol zu verzollen.

Apfelsinenmarmelade, ein geleeartiges Erzeugnis, hergestellt aus Apfelsinen, Zucker und kleingeschnittenen Apfelsinenschalen, im Sinne der Bestimmungen des Art. 7 der Verordnung über den Zolltarif nach Pos. 24/2, weil ähnlich zubereitet wie Fruchtpasten und wegen ihrer Verwendung.

„Herculan", ein Nährmittel als Malzextrakt, Milch, Eiern, Kakao, sowie Hafermehl, als Nährmehl aus Kakao nach Pos. 24/1 a, wie Phosphatin.

Zu Position 24.

Schwarzes grobkörniges **Simonbrot,** aus grob vermahlenem Getreide zubereitet, mit Zusatz von Hefe, als besonderes Gebäck ohne Zucker nach Pos. 24/9.

Puddingpulver aus Stärkemehl mit Zusatz von Kakao, Mandeln oder Nüssen, ohne Zucker, ist auf Grund des Art. 7 Abs. 4 der Verordnung vom 11. 6. 1920 wegen des Kakaozusatzes nach Pos. 24/1 zollpflichtig.

Künstliche Fruchtsäfte, die ihrer Zusammensetzung und Bestimmung nach den natürlichen Säften entsprechen, sind wie natürliche Fruchtsäfte zu verzollen und zwar:

ohne Zucker, in nicht luftdicht verschlossener Verpackung nach Pos. 24/5 b,

mit Zucker — nach Pos. 24/3.

Handelsgerichtliche Eintragungen

Zahlungsaufschübe in Oberschlesien.

Nachstehenden Firmen wurde Zahlungsaufschübe zugestanden:

1. Elevator, Sp. Akc. Katowice — bis zum 17. Januar 1932.

2. A. Kubitza, Katowice, ul. 3-go Maja 2 — bis zum 20. Januar 1932.

3. Hubert Cebulla, Królewska Huta, ul. Katowicka 16—18 — bis zum 3. Februar 1932.

Messen u. Ausstellungen

Nachfragedienst der Prager Mustermesse.

Einige Wochen vor der Prager Herbstmesse richtete die Prager Messeleitung eine äusserst wichtige Vermittlungsstelle ein, um zwischen den Messeausstellern und ernstlichen Einkäufern ein notwendiges Bindeglied zu bilden. In erster Linie kommen selbstredend dabei Messeaussteller in Betracht, wiewohl im Bedarfsfalle auch die nicht daran sich beteiligenden Fabrikanten der verschiedenen Branchen herangezogen werden. Wenn also vergleichsweise ein Kaufmann eine grössere Menge Papier sich beschaffen will, so schreibt er einfach an die administrative Direktion der Messe, sie möge ihm eine grössere Liste von Grosshändlern dieser Branche einsenden, damit er dann eine entsprechende Auswahl treffen kann. Falls anderseits zur Prager Messe ein der Staatssprache unkundiger, ausländischer Einkäufer kommt, so gibt er in der administrativen Direktion, bezw. in der Informationskanzlei, die im Messepalaste errichtet wurde, die Ware an, welche er sucht. Dann wird mit Hilfe eines ihm zugeteilten Dolmetschers das Geschäft in der betreffenden Branche durch die daselbst befindlichen Aussteller nach Wahl des Einkäufers leicht zustandegebracht. Dass dadurch für czechoslow. Waren die beste Reklame erfolgt, ist klar. In den Weststaaten und selbstredend in Deutschland und den österreichischen Nachfolgestaaten, aber auch in Skandinavien, Dänemark und England werden trotz aller Zollschwierigkeiten immer mehr czechslow. Waren verlangt, was auch für Syrien, Aegypten und Ostindien gilt zumal czechoslow. Waren daselbst bisher zumeist unter fremder Marke verkauft wurden. Hauptsächlich interessiert man sich für die Textil- und Glaswaren, Metall- und elektrotechnische Gegenstände, Gablonzer Bijouterie, Lebensmittel und Lederwaren. Diese Vermittlungsstelle der Prager Mustermesse hat sich bereits anlässlich der letzten Prager Herbstmesse sehr bewährt und wird ganzjährig in Tätigkeit sein, also auch den Messebesuchern der 24. Prager Frühjahrsmesse (13.—20. März 1932) zur Verfügung stehen.

Grosser geschäftlicher Erfolg auf der diesjährigen Prager Herbstmesse.

Auf der letzten Herbstmesse hat u. a. die grosse Kunstgärtnerei Böhm in Blatná bei Pilsen ihre weltberühmten Rosen in einer grossen Kollektion im Prager Industriepalaste vorgeführt. Wenngleich diese Sonderausstellung in erster Hinsicht nur Propagandawert besitzen sollte, so hat laut Mitteilung der Firma an die Messeleitung diese Ausstellung auch einen geradezu ungewöhnlichen Geschäftserfolg erzielt. Ausserdem sind noch nach der Messe zahlreiche Bestellungen aus dem In- und Auslande seitens neugewonnener Kunden eingetroffen. Die Firma gedenkt unter diesen Umständen sich auch an den folgenden Prager Messen zu beteiligen, wozu auch der grösste Teil der bisherigen Aussteller sich gleichfalls bereits entschlossen hat. Da der grösste Teil der verfügbaren Stände bereits in festen Händen ist, so muss der Anmeldungsschluss für die 24. Prager Frühjahrsmesse (13.—20. März 1932) für alle Fachgruppen mit Neujahr 1932 festgesetzt werden.

Verantwortliche Redakteur: Dr Alfred Gawlik, Katowice. — Verlag: Wirtschaftliche Vereinigung für Poln.-Schles., Katowice.—Druck: Śl. Zakł. Graf. i Wyd. „Polonia" S. A. Katowice